

Die erkaufte Ruhe im öffentlichen Dienst

Im Öffentlichen Dienst ist es am vergangenen Wochenende, nach einigen Warnstreiks, zu einem Abschluss gekommen. Für die eine Million Beschäftigten im Öffentlichen Dienst der Länder soll es in den nächsten drei Jahren eine stufenweise Lohnerhöhung um 8 Prozent geben und mindestens 240 Euro mehr Gehalt. Mit einer langen Laufzeit über 33 Monate wollen die Bundesländer sich drei streikfreie Jahre erkaufen.

Eine große Streikbereitschaft ging voraus

Bei den Warnstreiks zeigte sich, dass die Bereitschaft zum Streik groß war. Bis zu 16.000 Beschäftigte gingen allein in Berlin auf die Straße. Die Hälfte der 280 städtischen Kitas blieben während der Warnstreiks geschlossen. Über 20.000 Unterrichtsstunden sind ersatzlos ausgefallen. Diese Kampfkraft hat ausgereicht um den Ländern Zugeständnisse abzurufen. Gerade für die ErzieherInnen gibt es eine deutliche Lohnerhöhung, die es ohne die Streiks nicht gegeben hätte. Bisher haben in Berlin die ErzieherInnen deutlich weniger verdient als ihre KollegInnen in Brandenburg. Eine Erhöhung von bis zu 560 Euro im Monat soll diese Lohnungleichheit in den nächsten Jahren beenden.

Es wäre mehr drin gewesen.

Die unteren Lohngruppen profitieren nicht besonders stark von dem Abschluss. Zwar gibt es in den nächsten drei Jahren eine Lohnerhöhung von mindestens 240 Euro, aber die gut verdienenden Angestellten profitieren deutlich mehr von der prozentualen Lohnsteigerung. Ursprünglich waren die Gewerkschaften mit der Forderung von 6 Prozent und mindestens 200 Euro mehr in die Verhandlungen getreten – allerdings bei einer **Laufzeit von einem Jahr**. Schlussendlich sind es im Schnitt nur 2,6 Prozent und 80 Euro mehr pro Jahr. Also deutlich unter der ursprünglichen Forderung.

Der Abschluss liegt nur etwas über der derzeitigen Inflationsrate und durch eine lange Laufzeit soll verhindert werden, dass in den kommenden Jahren deutlich höhere Löhne erkämpft werden. Des Weiteren wird bei den angestellten LehrerInnen immer noch nicht das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ angewendet, denn sie werden auch weiterhin weniger verdienen als ihre verbeamteten KollegInnen. Auch über Arbeitsbedingungen wurde nicht verhandelt. Auf den Demonstrationen gab es viele Plakate, die genau dies gefordert haben, denn

viele PädagogInnen klagen über die immer höhere Arbeitsbelastung.



Die Warnstreiks hatten bereits aufgezeigt, dass die KollegInnen durchaus bereit gewesen wären, in eine längere Streikauseinandersetzung zu treten. Es wäre ein besseres Ergebnis mit viel kürzerer Laufzeit drin gewesen. Nicht zuletzt schreckten die Gewerkschaften davor zurück, weiter zu mobilisieren um den Druck zu erhöhen. Bereits die Warnstreiks zeigten, dass ohne die Streikenden nichts läuft.

Es wird einem nix geschenkt

In vielen Bereichen des Öffentlichen Dienstes und gerade auch in den unteren Lohngruppen arbeiten überproportional viele Frauen. Der Frauentag am 8. März wurde in Berlin zum Feiertag erklärt, um über geschlechtsspezifische Lohnunterschiede zu reden und um Frauen zu würdigen – so zumindest der O-Ton der Berliner Regierung. Aber reden kostet bekanntlich nix. Jahrelang wurde auch in Berlin nichts dafür getan, gerade die oft viel schlechter bezahlten Sozialberufe, in denen vor allem Frauen arbeiten, besser zu entlohnen.

Der 8. März als Feiertag wurde uns „geschenkt“, aber um konkrete Verbesserungen zu erkämpfen, müssen wir schon auf die Straße gehen und uns das holen, was uns zusteht.

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Ohne sie bewegt sich nichts,

und das merken unsere Patient_innen seit Wochen. Ganze Abteilungen stehen ohne oder nur mit sehr eingeschränktem Behandlungsangebot durch Therapeut_innen da. Die Kolleg_innen der Charité Präventions- und Physiotherapie Zentrum GmbH (CPPZ) kämpfen mit ihrem Streik um die Anerkennung ihrer wertvollen Tätigkeit in Form der Angleichung an den TVöD. Charité und die Geschäftsführung der CPPZ schieben die Schuld der Unterversorgung den Streikenden in die Schuhe. Dabei haben die CPPZler nicht nur endlich eine bessere Bezahlung nach TVöD verdient. Sie erhöhen bei Erfolg auch die Attraktivität ihrer Berufe für den Nachwuchs und erwerben sich somit einen hohen Verdienst um die Versorgung der Patient_innen. Dazu benötigen sie auch weitere Unterstützung. In ihrem Aktionskalender findet sich wohl für jede_n die Gelegenheit Solidarität zu zeigen.

Bald Besuch von der Staatsanwaltschaft?

Die Morgenpost berichtet von dubiosen Abrechnungen der Charité im Namen eines Instituts für *Immunologie, Tumorzentrum, Transfusionsmedizin*. Die Charité wird dazu einiges zu erklären haben und wird eventuell auch Besuch von der Staatsanwaltschaft bekommen. Dies zu beobachten, wird sich lohnen. In diesem Zusammenhang einmal die Frage: Rechnet die Charité aktuell womöglich Leistungen bei den Krankenkassen ab, für die der Einsatz von Physiotherapeuten inkludiert ist? Auch damit sich die Verantwortlichen nicht herausreden können, nichts vom Ausfall der Leistungen gewusst zu haben, sollten die Bereiche und Stationen nach Oben melden, dass ihre Patient_innen keine Physiotherapien erhalten. Es nützt den Streikenden, wenn der durch die Sturheit der Geschäftsführung der CCPZ entstandene Schaden sichtbar wird.

Der Aufstand der Töchter geht weiter!

Die CPPZ ist seit Wochen im Streik. Bei der CFM geht's im Juli wieder los. Vielleicht sollten wir CFMler unsere Physiotherapeut_innen mal besuchen gehen, wieder ein bisschen Streikluft schnuppern und uns gemeinsam für unseren Kampf wappnen?

Charité informiert

In der Meldung des Vorstandes der Charité vom 27.02.2019 wird deutlich, dass dieser und die Geschäftsführung der CPPZ sich nicht einen Zentimeter auf die Streikenden zubewegen wollen. Sie wollen weiter die Therapeut_innen mit Hungerlöhnen abspeisen und behaupten auch noch, dass diese Bezahlung weit über dem Marktüblichen liegt. Doch weder Physios noch Pflege, Ärzte oder Reinigungskräfte arbeiten für irgendeinen Markt, sondern für die Patient_innen. Und dafür ist der TVöD wohl die mindeste Gegenleistung. Gleichzeitig wird deutlich, dass der Vorstand dem Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses zur Integration der CPPZ in die Charité bisher nicht nachkommt. Dieser Beschluss ist nicht dem Gutwillen der Berliner Abgeordneten geschuldet, sondern dem Druck aus den Kliniken im Land Berlin und den vielen, vielen Töchtern. Anscheinend ist der Zeitpunkt gekommen, diesen Druck erneut zu erhöhen, zusammen zu stehen

und sich nicht mit Pseudolösungen à la 100%iger Tochter zufrieden zu geben.

Ungewohnte Offenheit

In dem Dankschreiben der ärztlichen Direktion für die hervorragende Bewältigung der Übernahme von Patienten anlässlich des Stromausfalls in Köpenick ist – unserer Meinung nach völlig korrekt – die Rede davon, „*dass die Charité für externe Krisen gut gerüstet ist*“. Diese Formulierung schreit ja geradezu nach der Feststellung, dass im Unterschied dazu der Umgang mit den internen Dauerkrisen wie Personalmangel und chronischer Unterbesetzung doch eher zu wünschen übrig lässt. Nanu, seit wann sind der Herr Direktor denn so offen?

Blutspenden - nun überall!

Seit kurzem können wir nun an allen drei Standorten der Charité Blutspenden. Den Aderlass können wir sogar als Arbeitszeit abrechnen lassen – wenn die Versorgung der Patient_innen weiterhin gewährleistet ist. Bei dem Personalmangel stellt sich eher die Frage, wann die Versorgung überhaupt gewährleistet ist?

Pflege attraktiver machen?

Berliner Pflegeschülerinnen haben kürzlich über ihren Alltag in der Pflege berichtet und es ist erschreckend. Von 28 Schüler_innen sind nach 5 Semestern nur noch 13 übrig, mehr als die Hälfte möchte danach nicht mehr in der Pflege bleiben. Die Gründe dafür kennen wir leider viel zu gut: Azubis werden als volle Pflegekraft fest mit eingeplant, für Praxisanleitung ist keine Zeit oder sie machen Tätigkeiten, für die sie noch gar nicht qualifiziert sind. Und da helfen auch keine warmen Worte vom Herrn Gesundheitsminister – sondern nur eine Neuausrichtung der Gesundheitspolitik: Pflege muss nicht und darf nicht gewinnbringend betrieben werden!

Überstunden machen krank!

Das bezeugen Daten aus einer 30jährigen Studie, die kürzlich ausgewertet wurde. Schon eine Stunde mehr in der Woche führt zu ca. 13% häufigeren Arztbesuchen. Außerdem steigt das Risiko einer psychischen Erkrankung. Und das Schlimme: In Deutschland werden jedes Jahr mehr Überstunden abgeleistet – waren es 2016 schon 1,7 Mrd. Überstunden, stiegen sie 2017 auf 2,1 Mrd. Dabei ist es der Gesundheit egal, ob es sich um bezahlte oder unbezahlte Überstunden handelt. Interessanterweise fordert die Deutsche Krankenhausgesellschaft nun steuerfreie Überstunden für Pflegebeschäftigte, anstatt eine Reduzierung anzupeilen. Woran das wohl liegt?

Das Vitamin C wird gemeinsam von der Revolutionär Sozialistischen Organisation und Kolleg_innen der Charité und CFM herausgegeben. Das Flugblatt soll nicht nur Sprachrohr der Beschäftigten sein, sondern auch zur Vernetzung und Information dienen. Wenn auch du was zu sagen hast, dann melde dich bei uns!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click